

Wie der staatenlose Hitler Deutscher wurde

Nicht die Stadt Braunschweig, sondern der Freistaat Braunschweig sorgte vor 70 Jahren für seine Einbürgerung

Von Harald Duin

Vor 70 Jahren, am 25. Februar 1932, wurde Adolf Hitler durch Ernennung zum Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst deutscher Staatsbürger. Die Umstände sind insbesondere durch Prof. Dr. Ernst-August Roloff, Braunschweig, weitgehend erforscht worden. Hartnäckig hält sich die Auffassung, die Stadt Braunschweig, damals mehrheitlich politisch rot, habe diesen Akt vollzogen. Das ist falsch. Braunschweig hatte weder die Kompetenz, noch im Falle Hitler den Willen dazu. Für die Einbürgerung Hitlers war formal die Regierung des Freistaates Braunschweig zuständig.

Die Vorgeschichte: Nach den sensationellen Wahlerfolgen der NSDAP seit September 1930 (Reichstagswahl) ließ sich Hitler überreden, bei der im März 1932 anstehenden Wahl des Reichspräsidenten gegen den amtierenden Reichspräsidenten von Hindenburg zu kandidieren. Aber nach der Weima-

rer Verfassung konnte Reichspräsident nur ein deutscher Staatsbürger werden – eine Vorschrift, die für kein anderes politisches Mandat galt, nicht einmal für die Wahl zum Reichskanzler.

Hitler war 1932 kein Österreicher, wie immer behauptet wird, sondern staatenlos. Der Hintergrund: 1913 war er aus Österreich ohne polizeiliche Abmeldung nach München gegangen, um sich der Wehrdienstpflicht zu entziehen. Roloff dazu: „Nach seiner Beteiligung am Putschversuch am 9. November 1923 und nach seiner Verurteilung wegen Hochverrats hatte sich die österreichische Regierung geweigert, ihn als österreichischen Staatsbürger anzukennen.“

Anfang Februar 1932 erhielt der

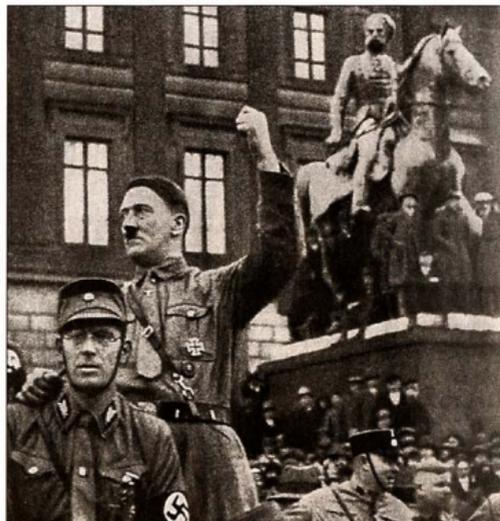


Professor Roloff.

braunschweigische Innen- und Volksbildungsminister Dietrich Klages von den Parteiführern der NSDAP den Auftrag, Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Klages' Idee fand unter dem Datum vom 4. Februar 1932 Eingang in Goebbels Tagebuch: „Es ist beabsichtigt, den Führer in Braunschweig zum außerordentlichen Professor zu ernennen.“ Hier waren die Bedingungen für die Einbürgerung insofern günstig, als 1932 der Freistaat Braunschweig im ganzen Reich das einzige Land war, in dem die NSDAP mit einem Minister, eben Klages, an der Regierung beteiligt war.

Klages versuchte zunächst, eine Professur für Pädagogik, die an der Technischen Hochschule Braunschweig durch Entlassung aus politischen Gründen freigeworden war, in eine außerordentliche Professur für „Politik und organische Gesellschaftslehre“ umzuwandeln und diese mit Hitler zu besetzen. Roloff: „Dieser Coup misslang vollständig, denn er wurde sofort bekannt und stieß auf einhellige Ablehnung sowohl der Hochschulleitung als auch der bürgerlichen Koalitionspartner.“ Im sozialdemokratischen „Vorwärts“ erschien eine hässliche Karikatur über „Hitlers Antrittsvorlesung“.

Der zweite Versuch der Einbürgerung abgelehnt. Den Weg wies der DVP-Abgeordnete Dr. Wessels. Man könne für Hitler eine Stelle bei der braunschweigischen Gesandtschaft beim Reichsrat in Berlin bekommen. Voraussetzung war nur die Bewilligung einer Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt, von der aus Hitler an die Gesandtschaft überwiesen werden konnte. Am 25. Februar 1932 unterzeichneten Klages und der deutsche-nationale Minister Küchenenthal die Ernennungsurkunde. Sie wurde Hitler am 26. Februar in den Berliner Geschäftsräumen der Landesvertretung überreicht. In Braunschweig



Vor seiner Machtergreifung war Hitler (2. v. l.) öfter in Braunschweig. So im Oktober 1931 beim SA-Aufmarsch vor dem Schloss. Repros (2), Foto: Flentje

feierte man die Einbürgerung mit Fackelzug und Großkundgebung.

Aber die ganze Aktion nutzte Hitler praktisch gar nichts. Er verlor die Wahl gegen Hindenburg. Bei ihm und Goebbels wuchs der Unmut über die demütigenden Umstände der Ernennung mit Vereidigung. Als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde, hätte er dies auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft werden können.

Was, wenn Hitler die Wahl von 1932 gewonnen hätte? Roloff: „Dann hätte er bereits im April 1932 die alleinige Macht erhalten, die er erst nach Hindenburgs Tod 1934 an sich riss.“ Bis zu seiner Ernennung zum Reichskanzler hatte die Oppo-

sition in Braunschweig immer wieder Gelegenheit, lästige und peinliche Fragen zu stellen bezüglich der Leistungen und Bezahlung des Regierungsrates Hitler. Roloff: „Die Einbürgerung durch das Staatsministerium hat Hitlers Weg zur Macht eher behindert als geendet, das Verhältnis zwischen dem Lande (Klages) und Hitler vielmehr dauerhaft getrübt bis zum offenen Konflikt...“

Am 17. Juli 1935 reiste Hitler nach Braunschweig, um Klages zurechtzuweisen. Zu Hitlers Ärger wurde der „Besuch“ ausgerechnet durch die Geheimpolizei publik und notgedrungen zu einem offiziellen Besuch unfunktionierte.



Karikatur im sozialdemokratischen „Vorwärts“ nach dem misslungenen Versuch, Adolf Hitler 1932 in Braunschweig zum Professor zu machen.